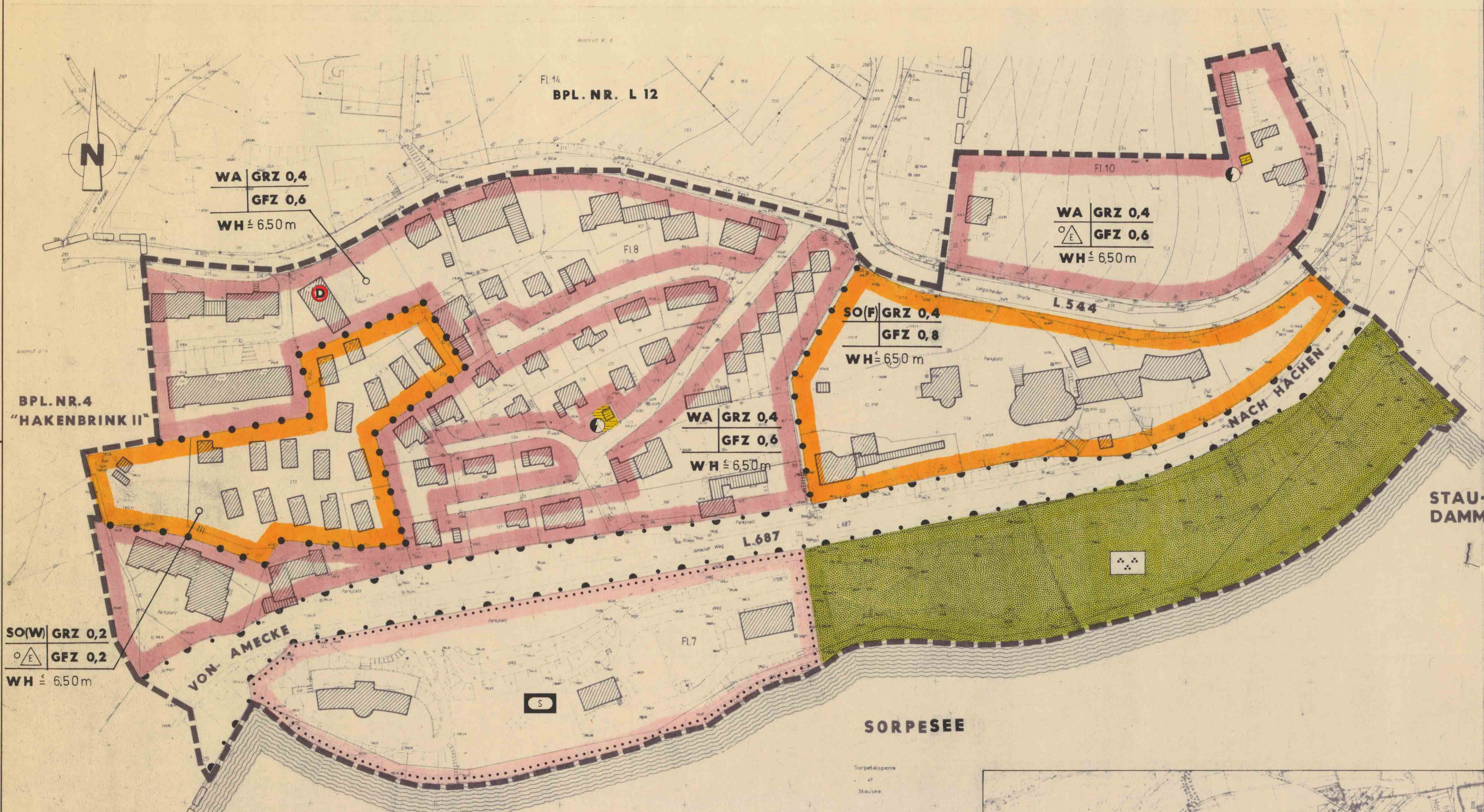
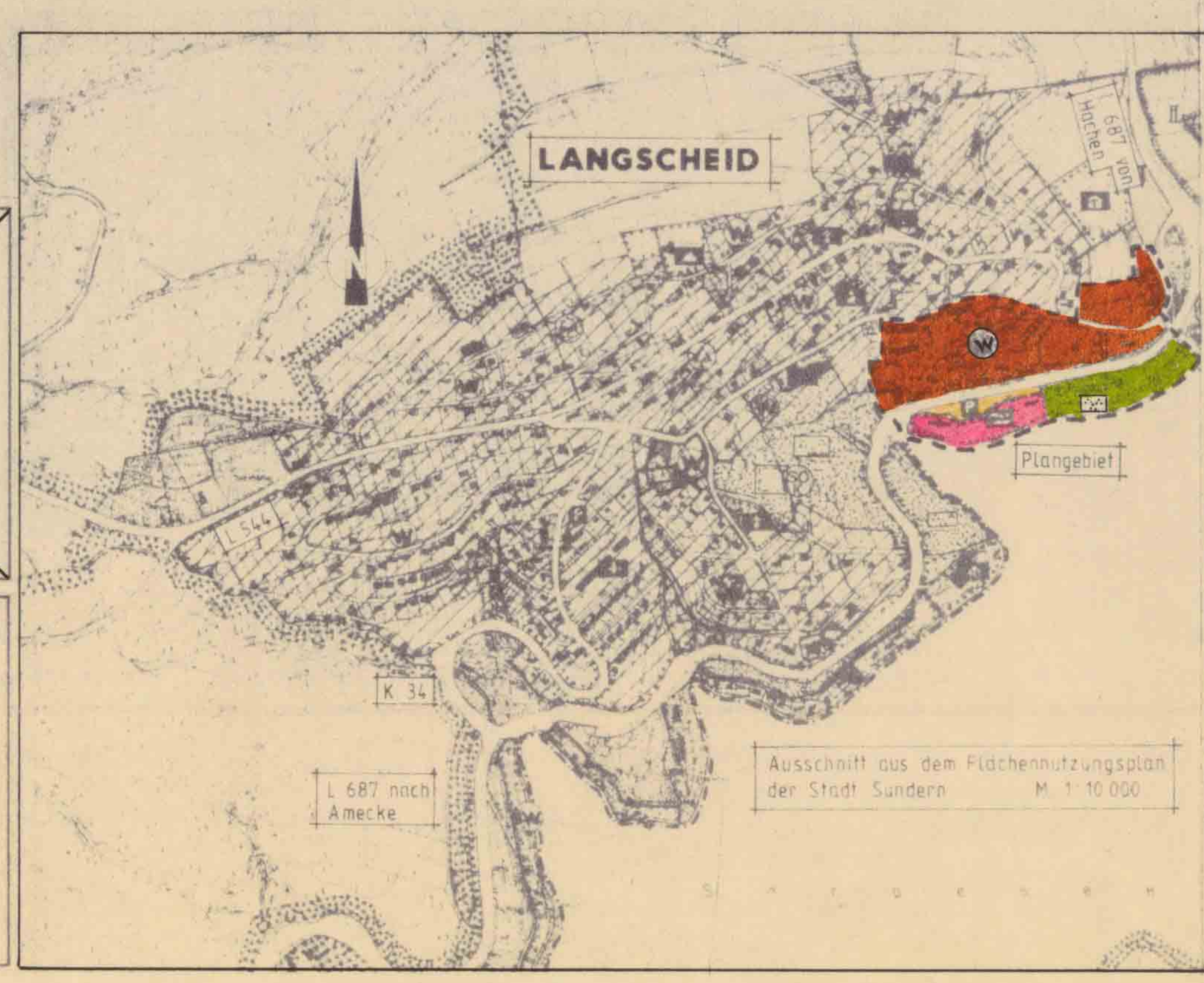
STADT SUNDERN Bebauungsplan Nr. L 40

in Langscheid M. 1:1000



Die rot umrandeten Gestaltungsvorschriften sind nach der öffentlichen
* Auslegung durch Ratsbeschluß vom 19.06.1984 geändert.



Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NW 1979 S. 594), des § 2 Abs. 1 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949), und aufgrund des § 103 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.01.1970 (GV NW S. 96), zuletzt geändert durch das Verwaltungsverfahrensrechts-Anpassungsgesetz vom 18.05.1982 (GV NW S. 248), hat der Rat der Stadt Sundern in seiner Sitzung am *19. Juni 1984* den planungsrechtlichen Teil des Bebauungsplanes Nr. L 10

in Langscheid gemäß § 10 BBauG und die Gestaltungsvorschriften gemäß § 103 BauO NW als Satzung **und die Begründung beschlossen.**

Für diesen Plan gilt die Fassung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763).

FESTSETZUNGEN

ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG

WA — **Allgemeine Wohngebiete**
§ 4 i.V. mit § 1 Abs. 3 und 6 BauNVO
Umgrenzung der Gebiete

Zulässig sind:

1. Wohngebäude,
2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,
4. Betriebe des Beherbergungsgewerbes.

Nicht zulässig sind die in § 4 Abs. 3 Ziffern 2 - 6 BauNVO genannten Nutzungsarten.

SO(F) — **Sondergebiete, die der Erholung dienen - Fremdenverkehrsgebiet -**
§ 10 i.V. mit § 1 Abs. 3 BauNVO
Umgrenzung der Gebiete

~~Es dient~~ Sie dienen der Unterbringung von Gaststätten, Beherbergungs- und Dienstleistungsbetrieben die auf den Fremdenverkehr ausgerichtet sind.

Zulässig sind:

1. Schank- und Speisewirtschaften,
2. Hotels, Pensionen und Läden,
3. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter,
4. Anlagen und Einrichtungen für sportliche Zwecke.

SO(W) — Sondergebiete, die der Erholung dienen, Wochenendhausgebiete
§ 10 i.V. mit § 1 Abs. 3 BauNVO
Umgrenzung der Gebiete
Zulässig sind:

Wochenendhäuser

GRZ — Grundflächenzahl
§§ 16, 17, 19 BauNVO

GFZ — Geschoßflächenzahl
§§ 16, 17, 20 BauNVO
Bei nur einem Vollgeschoss ist der Höchstwert der GFZ 0,5.

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

BAUWEISE

§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG

o — offene Bauweise
§ 22 BauNVO

nur Einzelhäuser zulässig

FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF

§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BBauG

Fläche für den Gemeinbedarf

sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Segelsport -

VERSORGUNGSFLÄCHEN

§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BBauG

Versorgungsflächen

Ortsnetzstation - Elektrizität -

GRÜNFLÄCHEN

§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BBauG

private Grünfläche

Parkanlage

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANES

§ 9 Abs. 7 BBauG

Plangebietsgrenze

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

§ 9 Abs. 6 BBauG

Freie Strecke der Landstrassen

GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN

Mindestdachneigung 40° Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen sind von der festgesetzten Mindestdachneigung ausgenommen. *

Dacheindeckung hat in heimischem Schiefer oder in entsprechend schieferfarbenem Material zu erfolgen.

Dachaufbauten sind nur als Schleppgaupen oder als Einzelhäuschen zulässig. Die Summe der Dachaufbauten in ihrer Länge darf 1/2 der traufenseitigen Dachlänge nicht überschreiten. Der Abstand der Dachaufbauten vom Ortsgang muß mindestens 2,00 m, von der Traufe mindestens 1,00 m betragen.

Fassadengestaltung: Bruchstein, weißer Putz, weißer Kalksandstein, heimischer Schiefer oder entsprechend farbener Kunstschiefer, naturfarbene Holzverkleidung, Fachwerk in schwarz mit weißer Ausfachung.
Sockel/Sockelgeschosse können dunkelfarbig abgesetzt werden.

WH — Wandhöhe; die sichbare traufenseitige Wandhöhe darf die Angabe in Meter nicht überschreiten.

INKRAFTTRETEN

Diese Satzung wird gemäß § 12 BBauG in Verbindung mit § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung NW und § 6 der Bekanntmachungsverordnung mit dem Tage nach Vollzug der ortsüblichen Bekanntmachung der Genehmigung des Regierungspräsidenten und des Oberkreisdirektors rechtsverbindlich.

HINWEIS

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Sie sind unverzüglich der Stadt Sundern oder dem Westfälischem Museum für Archäologie in Olpe anzuzeigen.

SONSTIGE DARSTELLUNGEN

- Flurgrenze
- 335 — Flurstücksgrenze mit Flurstücksnummer
- vorhandene Gebäude (Haupt- und Nebengebäude)
- • 311,12 — eingemessener Höhenpunkt in Meter bezogen auf NN
- vorhandene Böschung
- ⊗ 294,93 — vorhandener Kanaldeckel mit Höhenangabe in Meter
- vorhandene Laterne
- vorhandene Kappe (Gas- oder Wasserversorgung)
- Abgrenzung angrenzender Bebauungspläne
- N — Nordpfeil

D — Baudenkmal gem. Begriffsbestimmung § 2 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz

STADT SUNDERN Bebauungsplan Nr. L 10 Kurgebiet in Langscheid		Maßstab 1:1000
Entwurf:	Meschede im März 1984	Az: 61 - 82 - 11 L 10
Planbearbeitung: Rosen	HOCHSAUERLANDKREIS DER OBERKREISDIREKTOR AMT FÜR KREISPLANUNG UND HOCHBAU	
Strassenplanung:		
Plangebietsgrösse: 10,0 ha		
Plangrösse: 0,56 m²		

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 30.7.1981 (BGBl. I S. 833)
den *14.2.91* — *KOVR*

Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.
den *14.2.91* — *KOVR*

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes ist gem. § 2 Abs. 1 des BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) am *23.02.84* durch den Rat der Stadt *Sundern* beschlossen worden. Der Beschluß ist entsprechend der Hauptsatzung der Stadt *Sundern* am *18.04.84* bekanntgemacht worden.
Sundern den *19.04.1984* — Der Stadtdirektor

Die öffentliche Darlegung und Anhörung nach § 2a BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) wurde aufgrund des Ratsbeschlusses vom ...... durch ...... am *14.11.1983* durchgeführt.
~~Von der öffentlichen Darlegung und Anhörung wurde gem. § 2a Abs. 4 BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) aufgrund des Ratsbeschlusses vom ...... Abstand genommen.~~
(Nichtzutreffendes ist gestrichen)
Sundern den *19.04.1984* — Der Stadtdirektor

Der Rat der Stadt *Sundern* hat in seiner Sitzung am *23.02.1984* den Entwurf dieses Bebauungsplanes mit Begründung gebilligt und seine öffentliche Auslegung beschlossen.
Sundern den *19.04.1984* — Der Stadtdirektor

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes mit Begründung hat gem. § 2a Abs. 6 BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) in der Zeit vom *26.04.1984* bis *28.05.84* öffentlich ausgelegen.
Ort und Zeit der Auslegung sind entsprechend der Hauptsatzung der Stadt *Sundern* am *18.04.84* bekanntgemacht worden.
Sundern den *18.07.1984* — Der Stadtdirektor

~~Für die Änderung des Entwurfes dieses Bebauungsplanes nach der öffentlichen Auslegung gem. § 2a Abs. 6 BBauG hat der Rat der Stadt ...... am ...... eine eingeschränkte Beteiligung gem. § 2a Abs. 7 BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) beschlossen. Die eingeschränkte Beteiligung wurde in der Zeit vom ...... bis ...... durchgeführt.~~
den ...... — Der Stadtdirektor

Der Rat der Stadt *Sundern* hat am *19.06.84* über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 2a Abs. 6 BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) beschlossen.
Sundern den *18.07.1984* — Der Stadtdirektor

Der Rat der Stadt *Sundern* hat in seiner Sitzung am *19.06.84* den planungsrechtlichen Teil des Entwurfes dieses Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, gem. § 10 BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) und die Gestaltungsvorschriften gem. § 103 Abs. 1 BauO NW vom 27.01.1970 (GV NW S. 96) in Verbindung mit § 5 der Verordnung zur Durchführung des BBauG vom 29.11.1982 (GV NW S. 753) als Satzung und die Begründung beschlossen.
Sundern den *18.07.1984* — Bürgermeister — Ratsmitglied — Schriftführer

Dieser Bebauungsplan ist gem. § 11 BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) mit Verfügung vom *29.10.1984* Az. *35.2.1-2.4* genehmigt worden.
Arnsberg, den *29.10.1984* — Der Regierungspräsident Im Auftrage

Die Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes wird hiermit gem. § 103 Abs. 1 BauO NW in Verbindung mit § 77 Abs. 1 Nr. 2 BauO NW in der Fassung vom 27.01.1970 (GV NW S. 96), zuletzt geändert durch das Verwaltungsverfahrensrechts-Anpassungsgesetz vom 18.05.1982 (GV NW S. 248), genehmigt.
Meschede, den 13.11.1984 — Az. *61.26-03/11* — Der Oberkreisdirektor des Hochsauerlandkreises als untere staatliche Verwaltungsbehörde Im Auftrage

Die Genehmigung des Regierungspräsidenten gem. § 11 BBauG und die Genehmigung des Oberkreisdirektors gem. § 103 Abs. 1 BauO NW sowie Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung sind am 14.11.1984 entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Sundern bekanntgemacht worden.
Dieser Bebauungsplan ist damit gem. § 12 BBauG am 15.11.1984 rechtsverbindlich geworden.
Sundern den 22.11.1984

Bescheinigung.
Die Übereinstimmung dieses Planes einschließlich aller Festsetzungen und Verfahrensvermerke mit dem Original wird hiermit beglaubigt.
den ...... — Der Stadtdirektor